

Rede von Bundesrat Pierre Aubert,
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten,
anlässlich der Fortsetzung der Konferenz von Madrid

Madrid, den 10. Februar 1982

Da ich zum erstenmal das Wort in diesem Gremium ergreife, liegt mir sehr daran, im Namen des Schweizerischen Bundesrates der Regierung und dem spanischen Volk unseren aufrichtigsten Dank für jene Gastfreundschaft auszudrücken, die sie in so grosszügiger Weise dieser Konferenz seit über einem Jahr gewähren. Ich darf sicher den hier anwesenden spanischen Aussenminister bitten, unseren Dank weiterzuleiten. Madrid bot und bietet jene ernsthafte Stimmung, die für die Konferenzarbeiten erforderlich ist. Ausserdem haben die ausgezeichnete Organisation von seiten der spanischen Behörden und der freundliche Empfang durch das spanische Volk das Ihrige zur Gastfreundschaft beigetragen. Beiden, der Regierung und dem Volk, sei nochmals herzlich gedankt.

Als Neuangekommener unter Ihnen war ich, dies muss ich feststellen, von den ersten direkten Eindrücken, welche die gestrige KSZE-Sitzung bei mir hinterlassen hat, unangenehm berührt. Angesichts der bedeutsamen Aufgaben und der Art, wie sich die Konferenz bisher ihrer Aufgaben angenommen hat, kam ich mit einer, zweifelsohne gerechtfertigten, hohen Meinung bezüglich des Konferenzniveaus hierher. Daher war meine Enttäuschung umso grösser, als ich gestern hier mit ansehen musste, welches Schauspiel abgezogen wurde, um Redner daran zu hindern, über ein Thema zu sprechen, das eines der grossen gegenwärtigen Besorgnisse ihrer Regierungen darstellt. Wenn man bedenkt, was hier auf dem Spiel steht, nämlich die weiteren Entspannungsaussichten, die Bedeutung des besagten Themas und die tragische Lage, dann muss man diesen Machenschaften jegliche Ernsthaftigkeit, Würde und Höflichkeit absprechen. Ich frage mich ausserdem, welchen Gewinn sich die Urheber davon versprochen, konnten sie doch die Ansprachen jener, die sich zu äussern entschlossen hatten, nur verzögern, nicht aber verhindern. Ich werde Ihnen nun heute morgen das sagen, was ich Ihnen gestern mitteilen wollte. Und ich würde es, wäre dies möglich, mit noch grösserer Ueberzeugung tun.



- 1a -

In den ersten Dezembertagen des Jahres 1981 hatte ich mich mit einigen anderen neutralen und nicht-paktgebundenen Aussenministern, die an der KSZE teilnehmen, im Grundsatz geeinigt, vor der Versammlung in Madrid zu sprechen - und zwar, sobald unsere Delegationen ein solches vollständiges und ausgeglichenes Schlussdokument ausgearbeitet hätten, das mit grosser Wahrscheinlichkeit von den 35 Mitgliedstaaten gebilligt werden könnte. Was uns damals bewog, hierherkommen zu wollen, war das Verlangen, die Verhandlungen, die seit langem an Ort und Stelle traten, aus dem Engpass herauszuführen und gleichzeitig dem KSZE-Prozess wie auch der Entspannung insgesamt einen neuen Impuls zu verleihen. Doch im Anschluss an die Ereignisse in Polen vom 13. Dezember 1981 mussten wir auf dieses Vorhaben abrupt verzichten.

Die Verhängung des Kriegsrechtes in diesem Land wurde von repressiven Massnahmen flankiert, die sowohl die Freiheit wie die Würde des Menschen beeinträchtigen. Mit dem Rückgriff zur Gewalt wurde eine kontinuierliche nationale Erneuerung, die sich im Dialog und in Verhandlungen anbahnte, unterbrochen. Angesichts der schwerwiegenden Bedeutung hat die schweizerische Regierung seit dem 14. Dezember 1981 ihre Verurteilung und Besorgnis über diese Ereignisse öffentlich vorgebracht. Seither sind zwei Monate verstrichen. Doch in Polen hat sich nichts ereignet, das uns ermutigen könnte, auf unsere Aeusserungen zurückzukommen. Die gegenwärtige Lage in diesem Land könnte sich - abgesehen davon, dass sie ohnehin eine Tragödie für die Polen ist - noch zu einem ständigen Herd der Instabilität in den Beziehungen der KSZE-Mitgliedstaaten ausbreiten.

Nach diesen Bemerkungen möchte ich gleich festhalten, dass mir eine Kontroverse über ein Thema unnütz erscheint: nämlich eine Kontroverse über die genauen Kausalzusammenhänge und Verfahrensweisen, die zu den Massnahmen vom 13. Dezember geführt haben. Angesichts der internationalen Dimensionen der polnischen Angelegenheit sind Mutmassungen über innere oder äussere Ursachen belanglos. Ich möchte auch anfügen, dass es nicht meine Absicht ist, die polnische Krise als solche zu analysieren; noch weniger ist es meine Absicht, Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Hingegen hoffe ich, Polen werde nicht mehr, was immer auch geschehen möge, in einen solchen Zustand zurückfallen, wie er vor dem August 1980 geherrscht hatte. Das polnische Volk hat hervorragende Qualitäten. Sein Selbstvertrauen überträgt sich immer auch in Aufmunterungen zu Vertrauen und Hoffnung auf jene, die ihm Sympathie entgegenbringen. Polen war im Verlaufe seiner tragischen Geschichte - einer Geschichte, die unsere Bewunderung und Hochachtung verdient - zu wiederholten Malen schmerzhaften Schicksalsschlägen ausgesetzt, wovon ich nur die Teilung, die Unterdrückung durch fremde Mächte und die Glaubensverfolgungen nennen möchte. Polen ist jedoch nie an sich selbst verzweifelt und hat sich nach jedem Schlag von neuem erhoben. Das polnische Beispiel gibt jedermann, der an die Sache der Freiheit glaubt - ganz gleichgültig, wo er sich befinden mag -, in Augenblicken der Verzweiflung

Hoffnung und Mut. Das polnische Volk, das heute nicht nur seelisch, sondern auch materiell schwer heimgesucht wird, muss auf breitgefächerte humanitäre Anstrengungen von seiten der internationalen Gemeinschaft zählen können. Die Schweiz hat sein Anbeginn an diesen Aktionen teilgenommen. Sie ist gewillt, ihre Hilfe im Rahmen ihrer Möglichkeiten vollumfänglich fortzusetzen.

Ich habe frei und offen über die Lage in Polen und die Ansichten, die wir dazu hegen, gesprochen. Ich tat dies in meiner Eigenschaft als Aussenminister eines neutralen und unabhängigen Staates, der keinen Allianzen angehört. Die Ansichten eines solchen Staates dürften kaum in den Verdacht geraten, politisch voreingenommen zu sein. Die Neutralität auferlegt meinem Land vielfältige Verpflichtungen, die es äusserst gewissenhaft zu respektieren gewillt ist. Es gab jedoch nie eine Verpflichtung zum Schweigen, wenn Wahrheit und Freiheit auf dem Spiel stehen. Dies muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Meine Regierung ist in der gegenwärtigen Periode, die von internationalen Spannungen, von gegenseitigem Misstrauen und von Stagnation in den Abrüstungsverhandlungen gekennzeichnet ist, mehr denn je überzeugt, dass die immerwährende und bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Sicherung des Friedens und der Stabilität beitragen kann.

Es gibt noch einen zweiten Aspekt, unter dem die polnische Angelegenheit auf dieser Konferenz berücksichtigt werden muss. Die Sondermassnahmen, die im Rahmen des Kriegsrechts in Polen erlassen wurden, haben gewisse Rechte und individuelle Freiheiten, die durch die Schlussakte von Helsinki bestätigt wurden, eingeschränkt. In der Note des polnischen Aussenministeriums, die mit Datum vom 21. Januar 1982 allen diplomatischen Vertretungen der KSZE-Teilnehmerstaaten zugesandt wurde, wird wörtlich festgehalten: "Es ist unsere Absicht, die Schlussakte voll anzuwenden, sobald die Ursachen, die eine zeitliche Einschränkung erforderlich gemacht haben, verschwunden sind." Der zitierte Passus reicht voll aus, um die hier begonnene Debatte zu rechtfertigen, handelt es sich doch hier, wie ein Mitgliedstaat

selbst feststellt, unzweideutig um die Anwendung der Schlussakte.

Die Schlussakte von Helsinki ist nicht nur ein Resultat der Entspannung; sie ist auch ein Mittel, um die Ergebnisse der Entspannung durch alle Rückschläge, die ihr nicht erspart bleiben, hindurchzuretten. Die Schlussakte ist nicht eine Kodifizierung der Ost-West-Beziehungen zu einem gewissen - und vergangenen - Zeitpunkt, sondern sie ist vielmehr ein Versprechen - ein Versprechen, unsere Anstrengungen zur Verständigung unter Staaten, Völkern und Individuen trotz aller Schwierigkeiten, die sich auftürmen, fortzusetzen. Was sich in Polen ereignet hat, geht wie das, was sich seit mehr als zwei Jahren in Afghanistan abspielt, gegen den Geist der Entspannung und hat die durch die KSZE genährten Hoffnungen bitter enttäuscht.

Die schon stark angeschlagene Entspannung kann nicht überleben, wenn sie, statt Ziel gemeinsamer Anstrengungen, Spielball der Kontroversen und bevorzugter Gegenstand gegenseitiger Anschuldigungen wird. Ich glaube, alle, die hier versammelt sind, teilen die Ansicht, dass die einzige Alternative zur Entspannung in der Rückkehr zum Kalten Krieg besteht. Zumindest haben, wenn ich mich nicht irre, schon alle Delegationen mindestens einmal diesen Gedanken ausgedrückt. Da indessen kein Staat die Rückkehr zum Kalten Krieg wünscht, müssen wir folglich konsequent handeln, das heisst: Wenn die gegenwärtige Lage keine Fortschritte im Bereich der Entspannung gestattet, dann müssen wir mindestens das Erreichte bis zu jenem Tag zu bewahren trachten, wo sich die Dinge zum Besseren wenden. Ein solcher erhaltenswerter Besitzstand ist nun vornehmlich die Schlussakte von Helsinki - und zwar so, wie sie zu Beginn gehandhabt wurde. Die Schweiz ist bereit, ihr Bestmöglichstes zu leisten, um zu verhindern, dass ein wertvolles Arbeitsinstrumentarium diskreditiert wird. Es bedurfte enormer Anstrengungen, um die Schlussakte auszuarbeiten. Und wir glauben, dass sie heute noch im gleichen Ausmass wie 1975 eine Ermutigung für all jene bedeutet, die sich ein Europa wünschen, in welchem sich jeder Staat und jedes Individuum freier fühlt, ein Europa, in welchem es mehr soziale Gerechtigkeit gibt und ein Europa, in welchem der Dialog die Gewaltanwendung ersetzt.

- 5 -

Meine Schlussfolgerung ergibt sich aus dem, was ich eben gesagt habe: Der KSZE-Prozess muss uns aus mehreren guten Gründen erhalten bleiben. Vorerst einmal: Dieses Arbeitsforum von 35 Staaten ist in seiner Art einzigartig. Mit seiner multipolaren Struktur und demokratischen Ausrichtung bietet es eine für die internationalen Beziehungen bedeutsame Plattform an, die nicht ihresgleichen hat.

Die Form, die sich unsere Konferenz gegeben hat, bietet Gewähr für ein ausgeglichenes System, das niemand bevorteilt. Ein Verschwinden dieser Konferenz wäre ein Verlust für uns alle. Die KSZE ist auch ein getreues Abbild aller Veränderungen im Bereich der Entspannung, sei es in dieser oder jener Richtung, sei es hin zum Guten oder zum Schlechten. Die schweizerische Delegation nimmt, wenn sie sich über die eine Entwicklung freut und die andere, wie dies heute geschehen ist, bedauert, alle Veränderungen mit gleicher Ernsthaftigkeit zur Kenntnis.

Sollte die KSZE als Forum aufgegeben werden, dann würde dies nur den Interessen der einen auf Kosten der anderen dienen. Es würde andere Verhandlungsgremien, wo die Verhandlungen trotz den Ereignissen in Polen weitergehen - etwa in Genf und Wien -, übermässig bevorzugen. Dies würde überdies die Ungleichheiten, die ohnehin in der internationalen Gemeinschaft schon allzusehr angelegt sind, verstärken. Schliesslich ist der KSZE-Prozess - er begann formell am 22. November 1972 und kommt in sein zweites Jahrzehnt - auch ein Element langfristiger Hoffnungen, das nicht gegenwärtigen Umständen geopfert werden sollte.

Die gegenwärtige Krise in den Ost-West-Beziehungen bedroht den KSZE-Prozess in seiner Existenz selbst. Meine Regierung ist überzeugt, dass unter den gegenwärtigen Umständen eine Fortsetzung der Konferenz-tätigkeit die Früchte monatelanger Bemühungen lediglich kompromittieren würde. Das Schauspiel, dem wir gestern beigewohnt haben, hat mich in dieser Ansicht nur bestärkt. Wir glauben daher, dass die einzige vernünftige Lösung in einer raschen Suspendierung der Madrider Versammlung besteht, um dann nach einem Unterbruch von einigen Monaten hierher zurückzukehren. Ich weiss, dass es zu diesem Thema verschiedene Ansichten gibt. Doch wir wer-

den wohl bald einsehen müssen, dass es hierzu keine anderen gültigen Lösungen gibt. Die Absicht, für eine unbestimmte Dauer um jeden Preis hier bleiben zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt. Schon heute ist das Klima derart gestört, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt jegliche Möglichkeit einer Einigung der 35 auf ein Madrider Schlussdokument ausgeschlossen erscheint. Ein weiteres Verbleiben in Madrid würde dieses Klima nur noch zusätzlich verschlechtern.

Bevor wir hier in Madrid neue Texte verabschieden, müssen wir uns versichern, dass jene Texte, auf Grund derer wir hier versammelt sind, nämlich die Schlussakte von Helsinki, wirklich von allen Mitgliedstaaten respektiert werden. Denn solange dies nicht der Fall ist, muss man sich eine Frage stellen: Wie sollen unsere Regierungen und die öffentliche Meinung bereit sein, den Weg zur Verabschiedung eines neuen feierlichen Schlussdokumentes einzuschlagen, wenn sie nicht die Gewissheit haben, dass hernach auch die entsprechende Anwendung einsetzen wird? Kurz gesagt: Wir sind nicht gewillt, uns an der Verabschiedung eines Dokumentes zu beteiligen, von dem wir mit Bestimmtheit wissen, dass es schon zum Zeitpunkt der Verabschiedung verletzt wird.

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich Ihnen unsere Verurteilung und Besorgnis über die Lage in Polen mitgeteilt. Jetzt möchte ich noch einen dringenden Appell an all jene richten, die für die neue Verschlechterung der Entspannung die Verantwortung tragen: Je früher sie jene Bedingungen wiederherstellen, die eine Wiederaufnahme des Dialogs gestatten, desto rascher wird die Entspannung, desto rascher auch wird die KSZE, auf die wir alle Wert legen, ihren Fortgang nehmen können.